



c/o Migrantinnen- und Migrantenbeirat der Stadt Freiburg, Uhlandstr. 4, 79102 Freiburg

An die
LAKA Baden-Württemberg
Vorstand
Schillerplatz 4
79132 Stuttgart

Freiburg, 08.05.2011

Sehr geehrter Vorstand der LAKA,

die Zeit ist reif – für die Einführung des kommunalen Wahlrechts aller Migrantinnen und Migranten. Dafür setzen sich die LAKA und viele seiner Mitglieder zum Teil seit Jahrzehnten ein - und jetzt wird die gleichberechtigte politische Teilhabe erstmals zum erklärten Ziel einer Regierung in Baden-Württemberg. Wir finden, das ist sehr erfreulich und sehr ermutigend!

Auch zur Landtagswahl 2011 wollten wir in Freiburg die Aufmerksamkeit der fehlenden demokratischen Mitbestimmung – von allein 22.000 nicht-wahlberechtigten Freiburgerinnen und Freiburger – wach halten und über Strategien zur Umsetzung nachdenken. Parteien und Interessierte hatten wir zu einer Veranstaltung eingeladen, um von einem Referenten der AGAH/ Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte Hessen in die Wahlrechts-Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme“ 2009 in Hessen und Rheinland-Pfalz eingeführt zu werden.

Dass mit Herrn Sung aus Karlsruhe auch ein Vorstandsmitglied der LAKA an dem Abend in Freiburg teilnahm, würdigt unsere Bemühungen vor Ort und ermutigt uns, dem Vorstand (und den Mitgliedern) einen Vorschlag zu unterbreiten.

In einigen Städten Baden-Württembergs – unseres Wissens in Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg - haben sich in den letzten Jahren gemeinderätliche Gremien für die Einführung des kommunalen Wahlrechts aller Migrantinnen und Migranten eingesetzt. Stuttgart setzt sich mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt bereits seit 2004 *"für eine Erweiterung des aktiven und passiven kommunalen Wahlrechts auf alle volljährigen Bürgerinnen und Bürger ein, die länger als zwei Jahre in der jeweiligen Stadt ihren Wohnsitz haben."*

Die LAKA selbst hat sich wiederholt zum Thema zu Wort gemeldet (und auch den Freiburger Wahlkreis 100% unterstützt).

Wir halten den aktuellen Zeitpunkt für selten geeignet, auch in Baden-Württemberg eine landesweite, breite Initiative anzustoßen, die den öffentlichen Druck zur Einführung des kommunalen Wahlrechts erhöht. Die letztendliche Entscheidung mag im Bundestag und Bundesrat fallen, aber auf den Weg gebracht wird sie durch wirkungsvolle Lobby- und

Projektarbeit vor Ort bzw. im Land. Die Initiativen in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern können Paten für die Aktivitäten in Baden-Württemberg sein, aber auch andere Ideen und Methoden könnten den baden-württembergischen Vorstoß zur Einführung des Kommunalwahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten ausmachen.

Wir bitten den Vorstand der LAKA in seiner nächsten Vorstandssitzung, diese Idee auf die Tagesordnung zu setzen und in der nächsten MV mit den Mitgliedern zu beratschlagen, ob und wie landesweit für das gemeinsame Ziel geworben und agiert werden könnte.

Um eine landesweite, breite Initiative zu entwickeln, schlagen wir ebenfalls vor, unter dem Dach der LAKA eine Art Zukunftswerkstatt zu initiieren (Freiburg halten wir da für einen geeigneten Ort), um sich mit den Beiräten und Interessensvertretungen von Migrantinnen und Migranten in Baden-Württemberg und interessierten Organisationen und Personen an einem kreativen zukunftsweisenden Prozess zur Erreichung eines gleichberechtigten demokratischen Grundrechts zu engagieren.

Bitte diskutieren Sie unseren Vorschlag, leiten Sie ihn weiter an die Mitglieder der LAKA und geben Sie uns ihre Einschätzung.

Wir freuen uns auf ihre Rückmeldung und senden herzliche Grüße aus Freiburg,

Meral Gründer / Zafer Koc
Migrant/-innenbeirat

Marion Bär
Südwind Freiburg

Clemens Hauser
Freiburger Wahlkreis 100 %

"Wir werden uns daher auf Bundesebene dafür stark machen, dass auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger das aktive und passive Kommunalwahlrecht erhalten."